

Die NATO
und die
Bundesrepublik Deutschland
feiern Geburtstag

Grundlage deutscher Sicherheit – 60 Jahre Nordatlantische Allianz

Franz Josef Jung

2009 ist ein Jahr der Jubiläen: Die Bundesrepublik Deutschland feiert am 23. Mai den sechzigsten Jahrestag des Grundgesetzes. Am 9. November jährt sich zum zwanzigsten Mal der Fall der Berliner Mauer, der die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes einleitete. Beide Jahrestage stehen in einem engen Zusammenhang mit einem weiteren Jubiläum. Die Nordatlantische Allianz feiert am 4. April ebenfalls ihren sechzigsten Geburtstag. Für uns Deutsche ist die NATO von jeher das Fundament unserer Sicherheit und Garant unserer Entwicklung in Frieden und Freiheit. Die Standfestigkeit und Entschlossenheit der Verbündeten war nicht zuletzt auch Voraussetzung für die deutsche Einheit und die Überwindung der Teilung Europas.

Die Allianz hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges weiterentwickelt. Neue Aufgaben, neue Mitglieder und neue Partnerschaften prägen heute das Bild der Allianz. So hat sich das Bündnis im Bereich der Krisenbewältigung bleibende Verdienste erworben: Von 1995 bis zum Dezember 2004 hat es in Bosnien und Herzegowina das Friedensabkommen von Dayton abgesichert. Im Kosovo war die NATO vor zehn Jahren maßgeblich daran beteiligt, die Bedingungen für eine Übernahme der Verantwortung durch die Vereinten Nationen zu schaffen. Sie stellt seit 1999 die Kosovo-Schutztruppe KFOR. Seit 2003 steht die NATO mit der Übernahme der Führung über die internationale Unterstützungstruppe in Afghanistan ISAF vor ihrer militärisch

größten Herausforderung. Zurzeit sichern mehr als 55 000 Soldatinnen und Soldaten aus 41 Nationen unter dem Dach der Allianz den Wiederaufbau Afghanistans und verhindern, dass das Land wieder zu einem Ausbildungs- und Rückzugsraum für den internationalen Terrorismus wird. Parallel zu dieser Entwicklungslinie hat sich die NATO den jungen europäischen Demokratien geöffnet, die die Prinzipien des Nordatlantikvertrages teilen und zur Sicherheit des Bündnisses beitragen wollen und können. Auch die seit dem Ende des Kalten Krieges gewachsene differenzierte Architektur globaler Partnerschaften hat die Stabilität und Sicherheit Europas und seiner Peripherie nachhaltig gefördert.

Angesichts dieser historischen Leistungen war der Jubiläumsgipfel von Straßburg, Kehl und Baden-Baden ein berechtigter Anlass für Freude, Stolz und Dankbarkeit.

Deutschlands Beitrag zur Erfolgsgeschichte der Allianz

Die NATO bindet europäische und transatlantische Sicherheit. Sie ist die zentrale Institution unserer westlichen Wertegemeinschaft. Deutsche Politik hat in diesem Verständnis immer wieder die Entwicklung der Allianz geprägt. Immer wieder waren es deutsche Staatsmänner und Politiker, die politische Weichenstellungen im Bündnis beeinflusst haben. Ihr Handeln ist Maßstab für unser künftiges Handeln. So war es Konrad Adenauer, dessen politischer Weitsicht und

mutiger Führungskraft es zu verdanken ist, dass die Bundesrepublik am 6. Mai 1955 dem Bündnis beigetreten ist. Er selbst schrieb in seinen Erinnerungen, dass ihn die Aufnahme der Bundesrepublik tief bewegt habe, denn er sah dies als „entscheidend wichtige[n] Schritt auf dem Wege der Wiedereingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Völker“ (*Erinnerungen. 1953–1955*, 5. Auflage 1994, Seite 361). Mit dem Aufbau der Bundeswehr übernahm Deutschland Stück für Stück Verantwortung innerhalb der NATO und wurde einer der wichtigsten Truppensteller. Alle unionsgeführten Regierungen von Ludwig Erhard über Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl bis zu Angela Merkel sind dem Erbe Konrad Adenauers verpflichtet.

Helmut Kohl war es, der gleich nach seinem Regierungsantritt 1983 zeigte, dass sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen konnten: Mit der Zustimmung des Deutschen Bundestages zur Stationierung von Pershing-2-Raketen konnte die Logik des NATO-Doppelbeschlusses greifen. Dies war eine der entscheidenden Voraussetzungen für das Ende des Kalten Krieges und damit letztendlich für den Fall der Mauer. Die deutsche Einheit war für Helmut Kohl nur im Rahmen einer fortwährenden Mitgliedschaft im nordatlantischen Bündnis denkbar. Nach dem Ende des Kalten Krieges waren es wiederum Helmut Kohl, Manfred Wörner und Volker Rühe, die in den Neunzigerjahren die „neue NATO“ und den Stabilitätstransfer durch Erweiterung und Partnerschaften auf den Weg brachten.

Deutschlands Engagement heute

Dieses Vorbild bleibt Ansporn und Verpflichtung, auch heute aktiv auf die Grundentscheidungen des Bündnisses Einfluss zu nehmen. Wir beteiligen uns mit großem Engagement an den Einsätzen

und Operationen der NATO. Deutschland wird damit seiner gewachsenen Verantwortung in der Welt gerecht – im Interesse der eigenen Sicherheit und zugleich in Solidarität mit unseren Verbündeten und Partnern. Wir leisten dafür einen dem Gewicht Deutschlands entsprechenden fairen Beitrag als drittgrößter Truppensteller bei NATO-Operationen und zweitgrößter Beitragszahler zu den NATO-Haushalten.

Die Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel hat seit dem Regierungswechsel 2005 den transatlantischen Beziehungen entscheidende Impulse gegeben und damit die transatlantische Partnerschaft wiederbelebt. Vieles hat sich seitdem zum Positiven verändert. So ist unter anderem die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU vorangebracht worden, und die militärische Handlungsfähigkeit der EU ist weiter gestaltet worden. Mit allen europäischen Partnern konnte darüber hinaus wieder ein gemeinsames Verständnis von atlantischer Solidarität erreicht werden. Und trotzdem ist es nicht so, dass die transatlantischen Beziehungen nicht noch besser werden könnten. Neuanfänge durch politischen Wandel sind immer gute Gelegenheiten, Beziehungen zu revitalisieren, Fehlentwicklungen zu korrigieren und in festgefahrene Prozesse neuen Schwung zu bringen. Wir wollen deshalb die transatlantische Gemeinschaft auf dem festen Fundament gemeinsamer Werte weiter ausbauen und intensivieren.

Mit dem Antritt von Barack Obama als amerikanischem Präsidenten, der den Wandel zum Motto seiner Regierung erklärt hat, bietet sich dazu eine einmalige Chance. Die außenpolitischen Konzepte der Vereinigten Staaten werden durch die neue Regierung in Washington Stück für Stück auf den Prüfstand gestellt und Neuansätze und Umorientierungen vorgenommen. Hier sind die europäischen Ver-

bündeten eingeladen, den Wandel partnerschaftlich und gemeinsam mitzugestalten. Ausgehend von einer gemeinsamen Analyse mit den Vereinigten Staaten, werden wir Europäer uns mit Ideen und eigenen Konzepten einbringen, uns auf unsere jeweiligen Stärken besinnen und miteinander um die besten Lösungen ringen. Europa kann und muss auch künftig selbstbewusst auftreten, aber nicht als Gegengewicht, sondern als Partner der USA. Wir wollen Meinungsverschiedenheiten im Geiste der Freundschaft und im Willen zu gemeinsamen Lösungen austragen und den auf uns zukommenden Herausforderungen und Gefahren geschlossen und entschlossen begegnen. Transatlantisch und europäisch zugleich – das ist für Deutschland kein Widerspruch: Eine lebendige und kraftvolle NATO benötigt neben einem starken Amerika als zweiten Stützpfiler auch ein starkes Europa.

Die Weiterentwicklung der NATO

Heute ist das Bündnis nach wie vor attraktiv und vital. Dies zeigt die Aufnahme Albaniens und Kroatiens auf dem NATO-Gipfel als neue Mitglieder der Allianz, die nunmehr 28 Staaten umfasst. Darüber hinaus ist auch die Rückkehr Frankreichs in die militärischen Strukturen ein deutliches Signal für die Wertschätzung, die das Bündnis genießt. Doch in der Welt der Gegenwart müssen wir die Begründung jeden Tag aufs Neue leisten.

Angesichts des rasanten Wandels der sicherheitspolitischen Lage weltweit ist es für die Allianz immer wieder notwendig, eine umfassende Analyse vorzunehmen und aktiv innovative Konzepte für die Zukunft zu entwickeln. Die Gipfeltreffen bieten dafür eine gute Gelegenheit. Beim Gipfel in Straßburg, Kehl und Baden-Baden galt dies vor allem für die Einsätze, insbesondere in Afghanistan, die Weiterentwicklung der NATO in

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) empfängt NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer am 23. März 2009 in der sogenannten Skylobby im Bundeskanzleramt in Berlin. De Hoop Scheffer scheidet im Juli aus dem Amt. Seine Nachfolge ist noch nicht geregelt.

© picture-alliance / dpa, Foto: Rainer Jensen



politischer und militärischer Hinsicht, hier vor allem die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Allianz und anderen internationalen Organisationen, besonders der Europäischen Union, und schließlich die Beauftragung eines neuen strategischen Konzeptes.

Deutschland misst der Erarbeitung eines neuen strategischen Konzeptes große Bedeutung bei. Wir müssen die Allianz so aufstellen, dass wir die künftigen, neuen Herausforderungen unserer Sicherheit gemeinsam genauso erfolgreich bewältigen, wie dies in der Vergangenheit gelungen ist. Dafür sind mir aus deutscher Sicht zehn Punkte besonders wichtig:

Erstens: Die Allianz muss ihren inneren Konsens stärken. Ältere und jüngere Mitgliedstaaten müssen zu einer gemeinsamen Position über die Rolle, Funktionen

und Aufgaben des Bündnisses finden. Nur so bleibt das Bündnis nach außen handlungsfähig, und nur so bewahren wir die Zustimmung in unseren Ländern zur Mitgliedschaft in der NATO und ihre Attraktivität für Partner.

Zweitens: Trotz der eingetretenen Veränderung müssen wir die Welt nicht neu erfinden. Vielmehr bedarf es einer Erneuerung des Bestehenden, nicht einer vollständigen Neuentwicklung. Fast alle zentralen Punkte des Konzepts von 1999 sind weiterhin richtig. Sicherheit, Konsultation, Abschreckung und Verteidigung sowie Krisenbewältigung und Partnerschaft haben nichts an Relevanz verloren. In mancherlei Hinsicht ist das bisherige Konzept jedoch nicht mehr hinreichend. Wir müssen es daher im Lichte der gewonnenen Erfahrungen und sicherheitspolitischen Entwicklungen seit 1999 anpassen, präzisieren und ergänzen.

Drittens: Die Kernfunktion der Allianz müssen weiterhin der unzweifelhafte Wille und die verpflichtende Bereitschaft aller Verbündeten zur kollektiven Verteidigung gemäß Artikel 5 bleiben, und zwar in der richtigen Balance mit Krisenmanagement und Stabilitätstransfer. Auf gemeinsamer Bündnisverteidigung gründet von jeher die Stärke des Bündnisses, und ihre Anziehungs- und Bindungskraft gewinnt die Allianz aus dem gleichberechtigten Mitwirken aller Verbündeten durch das Konsensprinzip; daran müssen wir auch künftig festhalten.

Viertens: Abschreckung bleibt elementar für Frieden, Freiheit und Sicherheit. Ihre Wirkung und die dafür nötigen Mechanismen gilt es zu bewahren. Dazu bedarf es auch weiterhin des erforderlichen breiten Spektrums an militärischen Fähigkeiten. Dies können und müssen wir durchaus mit unseren Initiativen verbinden, die Abrüstung voranzubringen.

Fünftens: Das strategische Konzept muss zentrale Aussagen zu Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbrei-

terung von Massenvernichtungsmitteln enthalten. Wir brauchen neue Initiativen für die konventionelle Rüstungskontrolle. Dabei kommt es für Europa vor allem darauf an, im Dialog mit Russland die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen der AKSE-Vertrag ratifiziert werden kann. Und Initiativen brauchen wir auch bei nuklearer Abrüstung und Nichtverbreitung. Besonders wichtig ist die Wiederaufnahme der START-Verhandlungen zwischen den USA und Russland über die Verringerung der strategischen Nuklearpotenziale. Denn wir brauchen eine weitere signifikante Absenkung der immer noch hohen Gefechtskopfbestände weltweit. Wir wünschen uns alle eine nuklearwaffenfreie Welt. Sie macht allerdings nur Sinn, wenn sie nicht mit einem Weniger an Sicherheit einhergeht. Auch wenn wir deshalb zunächst am Grundsatz nuklearer Abschreckung festhalten müssen, bedarf es dafür nicht mehr der heutigen riesigen Arsenale, sondern nur der absolut notwendigen Anzahl an nuklearen Kräften.

Sechstens: Der Stabilitätstransfer nach Ost- und Südosteuropa durch Erweiterung und Partnerschaften ist eine Erfolgsgeschichte der Allianz. Die Erweiterungsrunden in Verbindung mit der partnerschaftlichen Einbindung Russlands haben die friedliche Wiedervereinigung Europas ermöglicht und damit zur Sicherheit und Stabilität für ganz Europa beigetragen. Je mehr sich das Bündnis erweitert, desto stärker läuft es aber Gefahr, den Zusammenhalt zu verlieren. Das Ergebnis wäre kein Mehrwert an Sicherheit und Stabilität für die Allianz. Im Gegenteil, bisher Erreichtes würde gefährdet. Wir müssen deshalb die Bedingungen und Grenzen der Erweiterung nicht nur formell, sondern auch mit Blick auf die substanziellen Folgen und Auswirkungen festlegen.

Siebtens: Wir sind überzeugt, dass wir Russland als echten strategischen Partner

brauchen, so wie wir dies vor über zehn Jahren in der NATO-Russland-Grundakte angelegt haben. Wir können Russland weder ignorieren noch als Partner brüskieren. Wir müssen daher die Politik konstruktiven Engagements wieder aufgreifen und Russland beim Wort nehmen. Aber wir müssen in unseren Zielen realistisch bleiben. Beide Seiten müssen aufeinander zugehen und das gegenseitige Vertrauen und den konstruktiven Umgang miteinander schrittweise wieder aufbauen. Denn nicht nur mit Blick auf Afghanistan und Iran brauchen wir Russland als Partner, Russland braucht ebenso uns.

Achtens: Neben gemeinsamer Bündnisverteidigung und Stabilitätstransfer durch Erweiterung und Partnerschaften müssen wir auch die dritte große Linie der Allianz aus den Neunzigerjahren – Konfliktverhütung und Krisenbewältigung außerhalb der Bündnisgrenzen und auf immer weitere Distanz – fortentwickeln. Die Erfahrungen der Vergangenheit ermutigen dabei. Vor allem auf dem Balkan haben die NATO-geführten Operationen gezeigt, dass mit Entschlossenheit und Ausdauer Erfolge für Frieden und selbsttragende Stabilität möglich sind. Und doch nähert sich die Allianz auch in dieser Funktion den Grenzen ihrer Möglichkeiten. Besonders in Afghanistan wird deutlich, dass ohne effektiv koordiniertes Zusammenwirken aller Akteure keine nachhaltige Stabilität erzielt werden kann. Politische, entwicklungspolitische, wirtschaftliche und militärische Instrumente müssen sinnvoll und zielgerichtet verbunden werden.

Deswegen treten wir dafür ein, dass der *Comprehensive Approach*, unser Konzept vernetzter Sicherheit, ein Kernstück des neuen strategischen Konzepts werden muss. Damit einher muss die Zielsetzung

gehen, dass die für unsere Sicherheit maßgeblichen internationalen Organisationen – insbesondere NATO, Europäische Union und Vereinte Nationen – noch viel systematischer und enger miteinander kooperieren und sich gegenseitig ergänzen. Nicht nur in den Missionen und Einsätzen vor Ort, sondern auch und gerade auf institutioneller Ebene. Kooperation muss Alltag werden. Nur so können wir unsere Ressourcen bestmöglich einsetzen und auf Dauer wirksam handeln.

Neuntens: Wir müssen unsere Fähigkeiten verbessern und sie in einem permanenten Prozess der Transformation an die sich verändernden Herausforderungen und Gegebenheiten anpassen. Ziel sind flexible, verlegbare und durchhaltetfähige Kräfte über das ganze Spektrum. Diese müssen gleichermaßen für Krisenmanagement wie auch für kollektive Bündnisverteidigung in regionalen militärischen Konflikten geeignet sein.

Zehntens: Wir müssen die Verteidigungsplanungsprozesse in NATO und EU noch weiter harmonisieren und synchronisieren. Nur durch Komplementarität erreichen wir größere Wirksamkeit, und nur so gehen wir mit den Ressourcen, die wir haben, wirtschaftlich um.

Indem wir diese zehn Punkte berücksichtigen, stellen wir sicher, dass die Nordatlantische Allianz auch im einundzwanzigsten Jahrhundert ihre zentrale Rolle für die transatlantische Sicherheit bewahrt. Um es in Anlehnung an Konrad Adenauer zu sagen: Der Nordatlantikpakt ist das Kernstück der Verteidigung der westlichen Wertegemeinschaft. Die politische Arbeit, die in dieser Organisation in hervorragendem Zusammenwirken aller Beteiligten vollbracht wird, stellt eine Organisationsleistung ersten Ranges dar, die durch keine andere Form der Zusammenarbeit ersetzt werden kann.